

Kommentar

Eine gute Entscheidung

Von Hansjörg Müller, Oxford



Was aussehen mag wie eine Niederlage, ist für die Regierung der britischen Premierministerin Theresa May in Wahrheit ein

Sieg. Zwar hat der Supreme Court, das oberste Gericht des Landes, mit deutlicher Mehrheit entschieden, dass die Regierung zuerst das Parlament befragen muss, bevor sie Artikel 50 des Lissabonner EU-Vertrags in Kraft setzen kann, der einen Austritt aus der Europäischen Union regelt. Doch dieser Ausgang war ohnehin erwartet worden, und die Regierung sollte damit leben können: Bereits im November hatte ein Londoner Gericht entsprechend geurteilt, und seither zeichnet sich ab, dass eine Mehrheit der Abgeordneten dazu tendiert, das Ergebnis der Volksabstimmung vom Juni umzusetzen: Das Unterhaus, so ist zu erwarten, wird die Regierung nicht daran hindern, den Brexit einzuleiten; das Oberhaus kann dies zwar verzögern, doch nur um den Preis, eine Debatte um seine eigene Legitimität loszutreten. Daran können die Lords kein Interesse haben.

Warum aber ist das Urteil nun ein Sieg für die Regierung? Die entscheidenden Sätze sprach der vorsitzende Richter David Neuberger ganz am Ende seiner Urteilsbegründung, als einige vielleicht schon nicht mehr so ganz aufmerksam zuhörten: Die Parlamente von Schottland, Wales und Nordirland haben beim Brexit kein Mitspracherecht. Hätte sich das

Nun hat das Parlament die Chance, seine Souveränität vollends wiederherzustellen.

Gericht in dieser Frage anders entschieden, für das Vereinigte Königreich hätte ein konstitutioneller Albtraum begonnen: Dass das schottische Parlament dem Brexit zugestimmt hätte, ist nahezu ausgeschlossen, doch englische Brexit-Befürworter hätten wohl kaum akzeptiert, wenn eine Minderheit einer Mehrheit ihren Willen aufgezwungen hätte. Hätte Schottland (oder Wales oder Nordirland) den Brexit verhindert, die Einheit Grossbritanniens wäre kaum zu bewahren gewesen, während umgekehrt zwar eine deutliche Mehrheit der Schotten für einen Verbleib in der EU gestimmt hat, jedoch (anders als ihre nationalistische Regionalregierung) nicht willens zu sein scheint, wegen eines Austritts aus der EU das Vereinigte Königreich zu verlassen.

Doch noch aus einem anderen Grund ist das Urteil eine gute Nachricht: Anders als die Schweiz verfügt Grossbritannien über keine Tradition der direkten Demokratie. Das britische System, wonach die Souveränität beim Parlament liegt, hat sich über Jahrhunderte bewährt. Es besteht kein Anlass, daran etwas zu ändern. Gestern ist dieses System gestärkt worden. Nun hat das Parlament die Chance, seine Souveränität vollends wiederherzustellen: indem es einem Austritt aus der EU zustimmt. [hansjoerg.mueller@baz.ch](http://hansjoerg.mueller@baz.ch) Seite 6

# AKW Fessenheim vor endgültigem Aus

Stromkonzern EDF hat Entschädigung für Stilllegung akzeptiert – Politiker bleiben skeptisch



Am Ende seiner Dienstzeit. Das AKW Fessenheim steht wegen Sicherheitsmängeln schon lange in der Kritik. Foto Keystone

**Fessenheim (F).** Auf dem Weg zur geplanten Schliessung des elsässischen Atomkraftwerks Fessenheim ist eine wichtige Hürde genommen: Der Verwaltungsrat des französischen Stromkonzerns Electricité de France (EDF) hat gestern eine Entschädigungsvereinbarung mit dem französischen Staat akzeptiert. Damit ist der Weg frei für einen Entzug der Betriebserlaubnis von Frankreichs ältesten Atomreaktoren. Der französische Staat will EDF für die Schliessung der Anlage mit mindestens 446 Millionen Euro entschädigen.

Über Fessenheim wird schon seit Jahren gestritten. Die beiden Reaktoren wurden 1977 an das Stromnetz angeschlossen und sind damit die ältesten in Betrieb stehenden Atommeiler des Landes. In dem elsässischen Atomkraftwerk, das 30 Kilometer südwestlich von Freiburg liegt, kommt es immer wieder zu Pannen und Zwischenfällen. Kritiker verweisen zudem auf das Erdbebenrisiko in der Region und die Gefahr einer Überschwemmung bei einem Bruch des Damms, der das AKW vom Rheinkanal trennt.

Nicht nur Umweltschützer in Frankreich, Deutschland und der Schweiz fordern seit Langem eine Schliessung von Fessenheim. Auch die deutsche Bundesregierung sowie Vertreter von Bundesländern und Kommunen haben wiederholt auf eine Abschaltung der beiden Reaktoren gedrängt. Auch in der Schweiz wurde auf nationaler Ebene aufgefördert, das AKW vom Netz zu nehmen. Käme es in Fessenheim zu einem GAU, wäre Basel – nur 35 Kilometer Luftlinie vom AKW entfernt – von einer Kontamination direkt betroffen.

Deshalb verkündete die Regierung im vergangenen Jahr: «Der Regierungsrat Basel-Stadt fordert, dass die französische Regierung noch dieses Jahr unmissverständlich beschliesst, das Kernkraftwerk Fessenheim stillzulegen.»

**Ständige Verzögerung**

Frankreichs Staatschef François Hollande hatte eigentlich versprochen, Fessenheim schon bis Ende 2016 vom Netz zu nehmen. Der Sozialist konnte dieses

Versprechen aber nicht einhalten. Die Verzögerung erklärt sich insbesondere mit den massiven Schwierigkeiten beim Bau eines neuen Reaktors im nordfranzösischen Flamanville. Der neue Druckwasserreaktor soll Fessenheim gewissermassen ersetzen. Er sollte eigentlich schon 2012 in Betrieb genommen werden – inzwischen peilt EDF nach mehrfacher Verzögerung Ende 2018 an. Spätestens dann müsste Fessenheim vom Netz; ein 2015 verabschiedetes Energiegesetz schreibt eine Kapazitätsgrenze für die Atomkraft auf dem heutigen Stand vor.

Frankreichs konservative Opposition hält die Atomenergie für sicher, klimafreundlich und unverzichtbar, um die Stromversorgung des Landes zu garantieren. Tatsächlich ist Frankreich vom Atomstrom so abhängig wie kein anderes Land der Welt: Die insgesamt 58 Reaktoren decken rund 75 Prozent des Strombedarfs des Landes ab. Das 2015 verabschiedete Energiegesetz sieht vor, dass dieser Anteil bis 2025 auf 50 Prozent gesenkt werden soll, unter anderem durch einen Ausbau

erneuerbarer Energien. Der konservative Präsidentschaftskandidat François Fillon, grosser Favorit bei der Wahl im April und Mai, hält aber nichts von diesem Ziel und will Fessenheim bei einem Wahlsieg nicht stilllegen. Unklar ist aber, ob er eine eingeleitete Schliessung des Atomkraftwerks rückgängig machen könnte.

**Über tausend Stellen gefährdet**

Widerstand gegen eine Stilllegung des Atomkraftwerks kommt auch von den Gewerkschaften. Sie fürchten um Hunderte Jobs: In Fessenheim arbeiten rund 850 EDF-Mitarbeiter sowie 250 Angestellte von Subunternehmen.

Der EDF-Verwaltungsrat stimmte am Dienstag einer im vergangenen Sommer getroffenen Vereinbarung mit dem französischen Staat zu. Diese spricht dem Staatskonzern für die vorzeitige Schliessung von Fessenheim eine Entschädigung von mindestens 446 Millionen Euro zu. Eine erste Tranche von 100 Millionen Euro soll es direkt nach dem Abschalten von Fessenheim geben.

Nun muss EDF zunächst einen formellen Antrag auf Entzug der Betriebserlaubnis stellen. Eine Abstimmung darüber im Verwaltungsrat wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Anschliessend wird die französische Regierung die Stilllegung von Fessenheim in einem Dekret anordnen.

In der Schweiz hält man sich mit einer voreiligen Bewertung der Entwicklung in Frankreich zurück. Bundesrätin Doris Leuthard (CVP), Vorsteherin des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), lässt auf Anfrage der BaZ über ihre Presseabteilung mitteilen, dass es noch abzuwarten gelte, wie der Entscheid konkret umgesetzt wird. «Es handelt sich um einen unternehmerischen Entscheid, der auch dem Versprechen der französischen Regierung entspricht, das Kraftwerk stillzulegen.» Der Schweizer Energiekonzern Axpo lässt verlauten, dass man die aktuelle Entwicklung rund um das Kernkraftwerk Fessenheim mit Interesse verfolge. Mehr lasse sich dazu aus Sicht der Axpo nicht sagen.

Grosse Freude herrscht jedoch beim Trinationalen Atomschutzverband (Tras). Mit der Annahme des französischen Entschädigungsangebots sei ein wichtiger Schritt getan, um die Zusagen an die französische, deutsche und schweizerische Bevölkerung und deren Behörden umzusetzen, wie Präsident Jürg Stöcklin in einer Mitteilung schreibt. Auch die Baselbieter Grünen-Nationalrätin Maya Graf ist zufrieden mit der Entwicklung. «Dieser Entscheid ist eine grosse Erleichterung für die Region Basel und die Bevölkerung am Oberrhein.» Das pannenanfällige älteste AKW Frankreichs müsse sofort stillgelegt werden. «Doch es fehlen weiterhin Abschalttermine und der konkrete Stilllegungsplan. Diese dürfen nicht wieder hinausgezögert werden.» Ob das AKW definitiv vom Netz genommen wird, liegt nicht mehr in der Hand von François Hollande. Am 23. April finden in Frankreich Präsidentschaftswahlen statt. Ein grosser Schritt in Richtung Stilllegung ist jedoch getan. [sda/sa/hei](http://sda/sa/hei)

Reaktionen aus der Politik

«Eine gute Nachricht für die ganze Region»



«Der Entscheid der EDF ist eine gute Nachricht für die Bevölkerung in der ganzen Region um Fessenheim. Wir sind der Stilllegung des AKW einen grossen Schritt nähergekommen und die nächsten Verfahrensschritte zu einer definitiven Stilllegung sind vorgezeichnet. Wir hoffen, dass die Abschaltung noch vor den französischen Wahlen definitiv beschlossen wird und die nötigen Schritte dazu eingeleitet werden.»

Regierungsrat Lukas Engelberger (CVP/BS) ist Vorsteher des Basler Gesundheitsdepartements.

«Klare Fehleinschätzung der Linken»



«Die Entscheidung der EDF ist als Zwischenschritt zu betrachten. Ob und wann es zur Stilllegung kommt, bleibt jedoch weiterhin offen. Den Eigentümern müssten Entschädigungszahlungen von 490 Millionen Euro geleistet werden. In der Schweiz hatte die Linke im Abstimmungskampf zur Ausstiegs-Initiative behauptet, solche Forderungen hätten keine Chance. Eine klare Fehleinschätzung.» Christian Imark (SVP/SO) ist Nationalrat und Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie.

«Gewerkschaften setzen Sicherheit aufs Spiel»



«Da die französischen Behörden den Entzug der Betriebserlaubnis immer wieder in Aussicht gestellt haben, glaube ich der Versprechung erst, wenn die Anlage wirklich geschlossen ist. Spannend ist, dass sich nun die Gewerkschaften gegen eine Stilllegung wehren. Es ist für mich unverständlich, dass aufgrund von gewerkschaftlichen Interessen die Sicherheit einer ganzen Region aufs Spiel gesetzt wird.» Elisabeth Schneider-Schneider (CVP/BL) ist Nationalrätin und Präsidentin der Handelskammer beider Basel.

«Ich bleibe weiterhin skeptisch»



«Je schneller das AKW Fessenheim stillgelegt wird, desto besser. Das gilt übrigens für alle Kernkraftwerke. Die Stilllegung von Fessenheim wurde ursprünglich auf 2016 versprochen. Das AKW läuft aber immer noch. Deshalb bleibe ich auch bei dieser heutigen Ankündigung erst mal skeptisch. Ich glaube erst an eine definitive Abschaltung, wenn Fessenheim wirklich ersatzlos und endgültig stillsteht.» Aernschd Born, Aktivist der ersten Stunde, Kurator der Dokumentationsstelle Atomfreie Schweiz.